

**Zeitschrift:** Zürcher Illustrierte  
**Band:** 11 (1935)  
**Heft:** 23  
  
**Artikel:** Die Regierung im Gefängnis  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-755295>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Die Regierung im Gefängnis

Der Prozeß gegen die ehemalige katalanische Regierung in Madrid



Die Hauptangeklagten im Prozeß gegen die ehemalige katalanische Regierung in ihrem Schlafsaal im Untersuchungsgefängnis von Madrid. Von links nach rechts: der ehemalige Präsident Companys, Comerera, Lluhi, Mestres, Gazoil.

Ende Mai hat vor dem Verfassungsgerichtshof in Madrid der Prozeß gegen den Präsidenten Companys und 6 Mitglieder der Generalidad, der katalanischen Regierung, begonnen. Gegen jeden Angeklagten beantragt der Staatsanwalt 30 Jahre Gefängnis wegen «militärischer Insurrektion». Den Gegenstand der Anklage bilden die Vorgänge einer Nacht: vom 6. zum 7. Oktober 1934.

Um diese Vorgänge zu verstehen, muß man etwas weiter zurückgreifen: die zweiten Parlamentswahlen der spanischen Republik, Ende 1933, hatten ergeben, daß hinter den Männern, die den neuen Volksstaat schufen, nur eine Minderheit im Lande stand. Die Republikaner mußten abtreten, die gemäßigten Mittelparteien wurden ihre Nachfolger in der Regierung.

Schon im Wahlkampf war Katalonien ein Zankapfel: die Republik hatte den Katalanen in und um Barcelona eine «regionale Autonomie» zugestanden — die Gegner des republikanischen Kurses galten zugleich als Gegner dieses Sondergebildes innerhalb des spanischen Einheitsstaats. Bald kam es auch zwischen der neuen Regierung in Madrid und den Katalanen zu Meinungsverschiedenheiten, deren Anlaß die für die Gemäßigten unannehmbaren Agrargesetze der Generalidad waren.

Die spanischen Mittelparteien waren zu schwach, um die Macht allein zu behaupten: sie waren im Parlament auf die Unterstützung der mächtig erstarkten katholischen Rechten angewiesen. Die Rechte stellte Bedingungen, unter ihrem Drucke wechselten die Regierungen schnell; in die dritte Regierung nach den Neuwahlen, die am 4. Oktober 1934 gebildet wurde, traten, zum ersten Male seit der Gründung der Republik, Minister ein, die den Rechtsparteien angehörten. Noch am selben Tage riefen die Gewerkschaften den Generalstreik aus, der sich vor allem im Osten und Süden des Landes schnell ausbreitete.

Auch in Barcelona wurde gestreikt. Präsident Companys, der den Streik begünstigte, erließ am 5. Oktober einen Aufruf gegen jede Gewalttätigkeit. Außerhalb Kataloniens kam es indessen an vielen Orten, vor allem im Bergwerksgebiet Asturien, zu schweren Kämpfen. Da rief, am 6. Oktober abends 8 Uhr, Companys den «autonomen katalanischen Staat in der spanischen Bundesrepublik» aus. Vor einer ungeheuren Menschenmenge

hielt er vom Balkon des Regierungsgebäudes eine Ansprache: «Die Monarchisten haben in Madrid die Macht übernommen — die Republikaner erheben sich — Katalonien kann dem spanischen Volk, das um seine Freiheit kämpft, die Solidarität nicht verweigern.»

Companys hatte die Rechnung ohne die Armee gemacht: in und um Barcelona standen 10 000 Mann, die meisten von ihnen waren Nichtkatalanen. Diese Truppen blieben der Regierung treu, der kommandierende General ließ Artillerie auffahren und die Gebäude der Generalidad beschießen. Companys stand am Radio, viertelstündlich forderte er die Bevölkerung auf, die katalanische Regierung zu unterstützen. Aber der Erfolg dieser Ansprachen reichte nicht aus. Die Kämpfe dauerten bis zum frühen Morgen; dann mußten sich die unzulänglich bewaffneten Verteidiger der Regierungsgebäude ergeben. Genau elf Stunden nach Ausrufung des katalanischen Staats wurden die Mitglieder der Regierung, soweit sie nicht entflohen waren, verhaftet und an Bord eines spanischen Kriegsschiffes gebracht.

In einigen Arbeitervierteln von Barcelona wurde auch am Sonntag noch gekämpft. Am Montagmorgen bot die Stadt ein fast normales Bild: in den meisten Fabriken wurde wieder gearbeitet, die Zeitungen wurden wie gewöhnlich ausgerufen. Nur viele Militärpatrouillen und die Zerstörungen erinnerten an die Kämpfe, in denen 40 Menschen gefallen waren.

Zunächst hatte man in Ma-

drid daran gedacht, die Mitglieder der katalanischen Regierung vor ein Kriegsgericht zu stellen und erschießen zu lassen. Dann verzichtete man darauf, um Katalonien nicht weiter zu erregen. Man strebte eine Versöhnung mit den gemäßigten Katalanen an, indem man die meisten Bestimmungen der «regionalen Autonomie» in Kraft ließ, allerdings unter Aufsicht von Vertrauensleuten der spanischen Regierung. Und man begnügte sich damit, die Führer der Rebellion vom 6. Oktober jetzt vom Verfassungsgerichtshof aburteilen zu lassen, vor dem sie übrigens die volle politische Verantwortung für ihre Handlungen übernommen haben.



Die Gefangenen bei der Mittagspause im Gefängnis.